

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Es unterliegt eingetragene Markenrechte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Carl Schönbauer, Berlin, Unter den Eichen 15.
Verantwortlich: Rudolf Heine, Berlin, Unter den Eichen 15.

Die Anklage der Regierung gegen die Unabhängigen.

Reichskanzler Bauer und Minister Heine über die gestrigen Vorgänge. — Neue Lärmszenen. — Unge störte Beratung des Betriebsrätegesetzes.

Die Schuldigen.

E. D. Vor dem Reichstagsgebäude ist es heute zu Beginn der Sitzung völlig ruhig. Zahlreiche Sicherheitspatrouillen halten in weitem Umkreise die Zugangsstraßen frei. Zu irgendwelchen Annehmungen kommt es nicht. Die erregten Gemüter haben sich abgekühlt. Der Ausnahmezustand läßt bereits seine Wirkung aus.

Im Hause selbst ist es um die zehnte Vormittagsstunde kaum weniger lebhaft als gestern nachmittag. Die Abgeordneten aller Parteien sind wiederum zahlreich erschienen. Auf der langen Ministerbank ist kaum ein Platz frei. Nur Erzberger fehlt. Dagegen ist der Reichskanzler erschienen. Auch Noske, der Reichswehrminister, ist anwesend. Die Verhandlungen nehmen gleich zu Anfang einen besorgten Verlauf. Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben allerdings ihre prinzipielle Abstoßung aufgegeben und verhalten sich, zunächst wenigstens, ruhig. Der Reichskanzler Bauer eröffnet die Debatte über das Betriebsrätegesetz, das auch heute allein auf die Tagesordnung gesetzt wurde, mit einer schmerzlichen Anklage gegen die äußerste Linke. Die gestrigen Angriffe auf die Demokratie und den Parlamentarismus, sagte er, hätten in der Volksgeschichte nicht ihresgleichen. Der traurige Ruhm, diese Linie begangen zu haben, falle auf die Unabhängigen. Gleich diese einleitenden Worte ließen die Senke, Geher und Genossen wild aufbegehren. Es begann auf der äußersten Linken ein wüster Tumult. Allen voran Frau Ziehl, die wie eine quetschende und knarrende Klarinette unaufhörlich dazwischen blies. Der Präsident Klinge, der Präsident hat. Der Präsident suchte die Unruhe zu dämpfen. Der Präsident domerte schließlich mit dem ganzen Aufwand seiner Stimme die Unabhängigen an. Das half. Es trat ein wenig Ruhe ein, und der Reichskanzler konnte in seiner Rede, die er aus einem Manuskript vorlas, fortfahren. Einbeutig und ohne alle Einschränkung sprach er die Schuld an den gestrigen blutigen Vorgängen allein den Unabhängigen und Kommunisten zu und erklärte, daß, nachdem die Unabhängigen auf ihrem letzten Parteitag theoretisch den Parlamentarismus abgelehnt hätten, sie jetzt diese Stellungnahme praktisch zu verwirklichen versucht hätten. Wieder und wieder gab es Lärmzügen. Der Reichskanzler sprach ein paar Worte, und sofort setzte ganz links (an der Wand) ein tosender Rärm ein: Senke wilde Jagd. Frau Ziehl wie eine Furie auf dem Defensiv hinterdrein. Dieses Schauspiel wiederholte sich ungefähr alle zwei bis drei Minuten. Der Kanzler sprach sich, diesem wüsten Ansturm gegenüber, in eine zunehmende Erregung hinein, schlug mehrere Male mit der Faust auf den Tisch, gedachte ehrend der Sicherheitswehr, die das Haus vor einer Gefahr bewahrt hätte, die einer Parteilosigkeit gleichkommen wäre, und er betonte, unter dem Beifall fast des ganzen Hauses, daß die Nation in der Notwehr handle, wenn sie den neuen revolutionären Versuchen mit den schärfsten Mitteln entgegen trete.

Nun, nachdem er unter Juchzen der äußersten Linken beendet hatte, gab es ein merkwürdiges Intermezzo. Der Reichspräsident für das Betriebsrätegesetz, der demokratische Abgeordnete Schneider, sollte in dem gestrigen unterbrochenen Referat fortfahren. Da letzte von neuen die Kammerstruktur der Unabhängigen ein, Frau Ziehl schrie, tobte, rief, freischrie, schrie. Der Präsident versuchte, sie anfangs niederzujuchzen. Vergebens. Die andern Unabhängigen stiegen in der schauerlichen Chor der Rache bellend ein. Die Wächter der Pandora schien entsetzt. Die Instinkte waren losgelassen. Der Abgeordnete Schneider sprach und sprach. Aber kein Mensch verstand ihn. Man sah ihn nur gestikulieren. Währenddessen sprach Geher zum Präsidenten und tuschelte mit ihm. Senke trat hinzu. Man suchte nach einem Ausgleich. Endlich war er gefunden. Schneider war mit seinem Referat zu Ende. Geher und Senke gossen ganze Kannen von Öl auf die Theaterbühnen der äußersten Linken, und allmählich verstumten sie alle. Auch — o Wunder! — Frau Ziehl Ziehl. Der Präsident aber hat das Haus, während, zur Umwechslung, die Rechte lautete, in die Generaldebatte über das Gesetz einzutreten, aber den Unabhängigen zuerst das Wort zu einer Antwort auf die Kammerrede zu geben. Der Regierungsbildung, gegen den Widerspruch der Reichsparteien, dem zu Senke stand am Rednerpult. Der Antefell in der Negation. Die geistig arbeitsame Rede eines Parteiführers in reinen Formaten. Er machte nicht einmal einen Rechtfertigungsversuch, sondern beschränkte nur, ohne auch nur einen einzigen Gegenstand anzubringen, daß die Unabhängigen die Schuld an den Autopsien hätten. Die Darstellung des Reichskanzlers sei lügenhaft gewesen. Noch sei es nicht Zeit zu einem abschließenden Urteil. Das letzte Wort habe die Geschichte zu sprechen und derelicten Allgemeinheit mehr. Und dann ging er nach dem Agitationschema für Parteifunktionäre zum Angriff vor. Das Recht auf Demonstrationen lasse sich die Arbeitererschaft nicht verkümmern. Das sei aufs engste verbunden mit dem Gedanken der Demokratie. (Dabei möchte man daran erinnern, daß in dem Lande der demokratischen Exaltation, in England, geschicklich jede Demonstration im Umkreise von einer — englischen — Meile vor dem Parlament verboten ist.)

Und zum Schluß holte er aus der linken Ostentasche die große revolutionäre Phrasen hervor, rief: „Steg oder Tod!“ und bog sich ins Parquet zu den Senken. Wolfgang Heine, der sich als preußischer Minister des Innern und Chef der Sicherheitspolizei zu Wort gemeldet hatte, führte die Debatte

Der Reichskanzler Bauer hat heute in der Nationalversammlung bei Beginn der Sitzung, in einer ausgezeichneten Rede vor dem ganzen Hause festgestellt, daß die „unabhängigen“ Aufwiegler und Volksverführer mit Blutschuld beladen sind, das „Reichsamt“ für immer auf dem „Stirn“ tragen, aus Ehrgeiz, selber feige im Hintergrunde bleibend, „urteillose Opfer vor dem Reichstag“ getrieben und schließlich in den Tod gekehrt haben. Weder der Rärm der Dämel und Genossen, noch das Getöse der Frau Ziehl, die nach vielfachen Ausfällen an dem Verbrechen selbst teilgenommen und den Vandalenhandlungen draußen das Signal zum Sturm auf den Reichstag gegeben hat, konnten und können die Wahrheit hinwegwischen. Je mehr Augenzeugen sich zum Worte melden, desto infamer erscheinen die Ausschreitungen, die gestern von entsefelten Mobbeden gegen die Mannschaften der Sicherheitswehr verübt wurden, und desto mehr muß man das ruhige, übergebildete Verhalten dieser Sicherheitswehr anerkennen. Immer neue Befundungen reihen sich aneinander, und alle fügen sich zu einem einheitlichen Bilde zusammen. Verschiedene Zeugen haben konstatiert, daß die Offiziere selbst noch jede Anwendung der Schußwaffe verhindert, als der Hölle sich auf die Mannschaften stürzte, ihnen Gewehre und Mägen entriß, sie schlug und unfähig beschimpfte. Eine Arbeiterin berichtet dem „Vorwärts“, wie am Weinburger Tor ein Offizier geschlagen, ihm die Wägen abgerissen wurde, und Dr. Trier, Sekretär des zweiten Untersuchungsausschusses, erklärt, daß ein Stabsoffizier der Sicherheitswehr noch, als die mißhandelten Beamten schon blutübertrabt in das Reichstagsgebäude gebracht wurden, bestimmte

Anweisung gab, unter keinen Umständen zu schießen. Die Unabhängigen werden, so weit sie nicht die Lasten einfach ablegen, behaupten, diese Gemeinheiten seien von einzelnen Individuen in der Menge verübt worden, die ihnen fernstünden, aber erstens bilden die Zufahrter, Einbrecher und andere Ausschmuggelungen nun einmal eine Begleiterscheinung radikaler Demonstrationen, mit der gerechnet werden müßte, und zweitens ist auch dargetan, daß der Sturm auf das Reichstagsgebäude von „unabhängigen“ Führern gewollt worden ist. Der preussische Minister des Innern, Wolfgang Heine, brachte heute in der Nationalversammlung die Beweise dafür, daß es sich um einen in Einverständnis mit diesen sogenannten Führern unternommenen Putsch gegen das Reichstagsgebäude gehandelt hat. Wolfgang Heine, unter dessen Leitung die Sicherheitswehr organisiert worden ist, konnte, ebenso wie der Reichskanzler Bauer es getan hatte, dieser Polizeitruppe unter dem fürnünftigen Beifall des Hauses seine Anerkennung aussprechen. Mit tiefem Bedauern muß die anständige Bevölkerung vernehmen, daß zu den beklagenswerten Taten des gestrigen Tages auch einer dieser Sicherheitsbeamten gehört, und daß ein anderer Beamte verwundet worden sind. Einen der Sicherheitsmänner hat der nachrichtliche Hölle in ein noch unbekanntes Versteck verschleppt. Die Regierung ist entschlossen, dem Terror des mit solchen Elementen verbündeten Radikalismus auf das schärfste entgegenzutreten. Das Volk steht, soweit es klarer Ueberlegung und rechten Empfindungen zugänglich ist, bei dieser Aufgabe hinter ihr.

wieder auf den Boden der Sachlichkeit zurück und schlug das große Schuldlos der Unabhängigen auf. Er stellte, immer unter Angabe eingehender Beweise, fest, daß die Sicherheitswehr eine fast übermenschliche Geduld bewiesen hätte, ehe sie zur Abwehr geschritten habe, daß der erste Schuß von einem Matrosen aus der Menge auf den Reichstag abgegeben sei, und daß der Abgeordnete Zubeil und Frau Ziehl es gewesen seien, die vom Portal II aus die Menge aufgeschreckt hätten: „Das Reichstagsgebäude gehört dem Volke, nicht der Sicherheitswehr. Ihr müßt was ihr zu tun habt!“ Das sei das Signal für das Andringen der Masse gewesen. Als es demnach zu spät gewesen wäre, hätte die Sicherheitswehr erst von der Waffe Gebrauch gemacht. Es habe sich um Sekunden gehandelt. Natürlich gab es auch während der Gemeinheiten Rede immer neue Sturmzügen.

Als der Präsident Hehenbach dem Abgeordneten Senke darauf wiederum das Wort zur Entgegnung gibt, verläßt die Rechte, zum Zeichen des Protestes, geschlossen den Saal. Senke weiß auch dieses Mal etwas wirklich Politisches nicht zu sagen. Was hat er seine wenigen Sätze heruntergehaupelt. Und jetzt — jetzt endlich kann die eigentliche Beratung des Betriebsrätegesetzes beginnen. Der Mehrheitsvorsitzende Wendt (Magdeburg) eröffnet den Reigen der Reden. Man spricht zur Sache. Das Paragrafengebüß legt sich hieran auf die Gemüter. Es ist Zeit zum Ausruhen.

Der Verlauf der Sitzung.

136. Sitzung, Mittwoch, 14. Januar.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. Schiffer, Noske, Dr. David, Koch, Schiele, Hirsch.

Präsident Hehenbach eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Minuten. Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Betriebsräte ein.

Reichskanzler Bauer:

Die Beratungen dieses Hauses über die Vorlage für das Betriebsrätegesetz haben einen Angriff gegen den Parlamentarismus und die Demokratie hervorgerufen, wie er in der Volksgeschichte niemals erlebt worden ist. Der traurige Ruhm, die Linie begangen zu haben, fällt auf die Unabhängigen. (Stürmischer Widerspruch der übrigen Parteien des Hauses. — Anhaltende große Unruhe. Präsident Hehenbach ruft mit erregter Stimme den Abgeordneten zu, ihre Plätze einzunehmen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Abgeordnete Frau Ziehl ruft an: „Anbauend — Verleumdung!“ — Präsident Hehenbach: Die Wiederholung der unehörligen und unehrenhaften Szenen verbietet sich mir. (Stürmische Zustimmung.)

Es ist der traurige Ruhm der unabhängigen Sozialdemokratie, einzig und allein die gestrigen Vorgänge hervorgerufen zu haben. (Anhaltende große Unruhe.) Es ist das zweite Mal in Deutschland, daß ein aus dem freieren Reich hervorgegangenes Parlament der Diktatur der Straße ausgeliefert worden ist. Das erste Mal ist das durch die Mitwirkung der Unabhängigen in Berlin geschehen, jetzt haben sich diese traurigen Ereignisse hier in Berlin wiederholt. (Anhaltende Bewegung.) Vor der ganzen Welt und vor dem ganzen deutschen Volke stelle ich fest, daß die Schuld daran nur die unabhängige Partei trifft.

Vor aller Welt rufe ich aus, daß allein auf die Unabhängigen das Blut der gestrigen Opfer fällt.

(Anhaltender, erregter Widerspruch bei den Unabhängigen. Rufe: Sie haben die Massen angeführt. Sie führen sich getroffen — Präsident Hehenbach erwidert: anbauend um Ruhe.)

Die Unabhängigen werden diesen fürchterlichen Taten nicht abwarten können. Sie tragen für immer das Verbrechen auf der Stirn. Sie haben ihre Opfer vor dem Reichstag getrieben und schließlich in den Tod geschick. (Rufe der Unabhängigen: Unerhörte Verleumdung! Zu habe Beweise! Große Bewegung!) Beweise, die Ihr Geheiß (zu den Unabhängigen) nicht widerlegen kann und Ihre demagogischen Versuche, die Wutschuld von sich abzumwälzen, ergebnislos machen werden. Der Reichskanzler verläßt markante Stellen aus den Aufzügen für die Demonstration, in denen die Arbeiter aufgefordert werden zum Verlassen der Betriebe und zu Demonstrationen in Massen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich solche Gesetze nicht gefallen lassen. (Sehr richtig bei den Unabhängigen.) Im Verlauf dieser Rede auch die Massen gekommen. Ihre Führer haben sich aber nicht zurückgezogen und schließlich in den Tod geschick. (Beifall bei den Unabhängigen.) Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger haben sich an diesen Demonstrationen nicht beteiligt. Die Veranstalter dieser Demonstrationen mußten sich sagen und sind davon überzeugt gewesen, daß solche Massen, einmal in Bewegung gesetzt, auch in den Schladenschuß gegen das Parlament ausbreiten würden und daß Zusammenstöße infolgegebe unermidlich wären. (Beifallige Zustimmung bei der Mehrheitspartei.) Von der Sicherheitswehr kann nur gesagt werden, daß sie sich in ganz unzulässiger Weise zurückgehalten hat. (Beifällige Zustimmung.) Bis zur letzten Minute haben die Senke geschrien und erst in allerletzter Sekunde von der Waffe Gebrauch gemacht. (Beifälliger Widerspruch bei den Unabhängigen. Stürmische Gegenüberstellungen bei den anderen Parteien.) Davon haben sich zahlreiche Abgeordnete dieses Hauses überzeugt und ebenso zahlreiche Journalisten. (Anhaltende lebhaftige Zustimmung.) Gegen ihr Zeugnis wird Ihnen Ihr Geheiß (zu den Unabhängigen) nichts nützen. (Anhaltender großer Lärm bei den L. Soz.) Ich halte es für meine vornehmste Pflicht, im Namen der Regierung (zuruf: Am Namen der Reaktion!) der Sicherheitswehr meinen Dank und unsere vollste Anerkennung für ihr Verhalten auszusprechen. (Anhaltender lebhafter Beifall an allen Seiten des Hauses. Widerspruch bei den Unabhängigen.) Die Sicherheitskräfte sind in der unerwarteten Weise beschimpft worden, sie wurden Sie wurden mit Füßen getreten. Man entriß ihnen ihre Waffen und zerstückelte sie, dann wurden die Senke mit ihren eigenen Waffen angegriffen und getötet. (Anhaltende große Bewegung.) Es kommt hinzu, daß die Sicherheitswehr nur über eine Hand voll Senke gegenüber den anstürmenden riesigen Massen verurteilt. Sie hat unbedingt mit vollem Recht und fast zu spät von der Waffe Gebrauch gemacht. (Anhaltende fürnünftige Zustimmung im ganzen Hause. Erregte Zustimmung der Unabhängigen.) Aus allen Ecken (zuruf: der Reaktion!) ist mir diese Auffassung beifällig worden. Dieses Blut fällt ganz allein auf die Unabhängigen. (Rufe der Unabhängigen: Nein, auf die Regierung!) Es haben sich Zeugen im Hause gemeldet, die beobachtet haben, daß Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie nach Ablehnung ihres Geschäftsordnungsantrages auf Entlassung der Bewaffneten aus dem Hause der Nationalversammlung mit den Massen das brauchen Fühnung genommen haben. Das ist geschehen durch Führerinnen und andere Fühner, ferner haben unabhängige Abgeordnete die Massen durch Reden zum Sturm aufgefordert. (Anbauend: mindestens langer Rärm. — Präsident Hehenbach stellt erst nach besonderer

Wäre die Rede vorher hier) Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß Sie (am Ende) den Eingreifen der Sicherheitswehr Leben und Gesundheit verdanken. (Anhaltende Bewegung, Lobender Widerspruch der Unabhängigen.) Wenn es den Angehörigen gelungen wäre, in dieser Hinsicht die Nationalversammlung einzurufen, dann hätten wir hier so etwas wie eine Verfassungsfrage erlebt. (Ungewöhnlicher Beifall bei den Unabhängigen.) Die Sicherheitswehr hat einen Toten zu beklagen, ein Mann der Sicherheitswehr wird vermisst. Der Verlorene ist unmittelbar im Dienste der Demokratie gefallen, in Verteidigung des heiligen Volkswortes, der Meinungsfreiheit der Volkstribüne. (Anhaltender Beifall.) Die Gewissensfrage ist eine schwere Schuld auf sich geladen. Es ist mir zu beklagen, daß nicht die Nationalversammlung, sondern die Verfassung die Opfer sind. (Beifällige Zustimmung.) Ich bin nicht umsonst gefallen, nicht im Sinne derer, die ihren Tod herbeigeführt haben, sondern im Sinne, daß ihr Tod sehr vielen die Augen geöffnet hat und sie nicht mehr den feigen Schreibern und ihren abgedruckten Schlagworten hinhörenlassen. (Anhaltende Beifälle bei den Unabhängigen.) Wenn jetzt ein Ermorden durch die Arbeiterkraft geht, wenn das jetzt die Unabhängigen ein Leben in Frieden vor sich sieht, und wenn sie einen Tod in Seiden gebracht haben, dann ist auch dieser ein noch mehr Friedensschuld nicht umsonst gefallen. Die Meinungsfreiheit der Parteien, die die Diktatur der Demokratie aufheben wollen, wird den Massen des Volkes allmählich zum Bewußtsein kommen. (Beifällige Zustimmung.)

Wir haben jetzt wieder vor einem mit ungeheuren Mächten versehenen Eingreifen gegen unsere Wirtschaft und gegen unser ganzes wirtschaftliches und nationales Leben. (Zurufe bei den U. S. von der Unterbrechung.) Gegenüber der der Mehrheit. Die Taktik der revolutionären Mächte, die in den Parteien der Unabhängigen und Kommunisten ihre Stütze haben, ist nach den früheren Erfahrungen eine andere geworden. Man hat durch Hilfe, gewisse Organisationen überall die Gassen gewonnen und jetzt die Gassen dieser Gruppen überall am Werk, nördlich in Falle dieser Gassen die politische Bewegung der Unabhängigen und Kommunisten fortzuführen. (Zurufe bei den U. S.) Die Stellung des öffentlichen Verkehrs im ganzen Reichsgebiet durchzuführen. Wir können ja das Wort aus unabhängigen Munde, daß die Eisenbahnen die Hand an der Gabel des Staates haben. Die Angliederung der Massen mit den heutigen Zuständen, die keine Regierung, mag sie noch so radikal, oder verständig sein, ändern könnte, ist für mich zu begründen. Am 10. verdrängte die Arbeiterkraft die unparteiischen Massen zum Zwecke der Verfassung und gegen die Gesamtheit des Volkes vertrieben werden. Was soll denn erreicht werden durch die Abnahme des Verkehrs? Die Kohlenfuhr wird abgebrochen, die Verteilung muß geschlossen werden, und die Zahl der Arbeiter ist in die Gassen zu treiben. Der Hunger erweist die Masse, die die Arbeiter nicht unterbinden und die Eingliederung werden in Massen. (Zurufe bei den U. S.) Ihre Schuld, Gegenüber der der Mehrheit: Ihre Schuld.) Sie glauben, daß in diesen Massenherden und in dem allgemeinen Wirrwarr ihre Zeit gekommen ist, daß sie dann alles zerschüttern können. (Zurufe und Beifälle bei den U. S.) Sie haben ja schon alles zerschüttert und kaputt gemacht! Es gibt kein verdrängendes Element, das die Arbeiterkraft in der politischen Bewegung, jetzt, was wir vor der Durchführung der Friedensverträge stehen und die große Gefahr vor uns, wenn wir die Bedingungen nicht erfüllen können, jetzt, wo unsere Angehörigen noch jahrelanger Trennung mit Schmerz nach der Heimat zurückkehren wollen, jetzt kommen die von verdrängten Elementen ausgehenden Massen her und legen den Verkehr lahm, damit jenseits der Grenzen die Gassen eine so hohe Welle in Seelenflut verzeihen und schließlich ihr eigenes Land vor sich haben. (Zurufe bei den U. S.) Politische Gewalt ist mit Sozialismus nicht vereinbar. Sozialismus ist eine organisierte Arbeiterkraft der Arbeiterkraft zu höheren Formen, heißt nicht Zerschütterung, heißt nicht das Volk ins größte Elend bringen. Die Gesamtheit der Nation wird in ihrem Leben bedroht durch diese verdrängende Agitation. Die Gesamtheit der Nation befindet sich in der Gefahr und im Interesse der Gesamtheit mit der Regierung, nicht der schiefen Organisationen gegen diese Elemente vorgehen. (Zurufe bei den U. S.) Wenn der Erfolg nicht auf einen unabhängigen und mit der Mehrheit vereinbarte, die Regierung ist sich der Pflicht bewußt, die sie der Gesamtheit des Volkes gegenüber wahrzunehmen hat. (Beifall bei der Mehrheit.) Sie kann nicht auf eine verheerende Arbeiterkraft verzichten, die geradezu tollwütig gegen das Leben des Volkes wütet und uns in ein Schicksal bringen will. Wir werden, wie ich annehme, der Unterdrückung dieses Volkes und der öffentlichen Meinung sicher sein, wenn wir die Arbeiterkraft dieser Gruppen bringen (Zurufe bei den U. S.) gegen die intellektuellen Urheber dieser Katastrophe vorgehen und diejenigen hinter Schloß und Riegel bringen, die befreit sind, unser Volk völlig in den Abgrund hinabzuführen. (Beifall bei der Mehrheit, Zurufe bei den U. S.) In dieser Angelegenheit bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um das Volk und die ganze deutsche Nation vor sich zu bewahren. (Zurufe bei der Mehrheit, heftiges Schreien bei den U. S.)

Als der Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Präsident Freytag: Wenn sich der Ausdruck „Abstimmen“ vorhin auf die Ausführungen des Reichstages bezogen hat, so muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Geier (U. S.): Es muß zu Zusammenfassungen kommen, wenn eine solche unfähige Regierung den Reichstag gegenübersteht, die sich nur dadurch zu helfen weiß, daß sie das Parlamentsgesetz mitterlich befreit. Es wäre angebracht gewesen, wenn der Reichstag heute noch einige Worte hinzugesagt hätte, daß er gestern nicht verstanden hat, daß die Zahl der Opfer so hoch ist. Wir legen angeht dieser Katastrophe, wir wissen diese Verhältnisse von uns. (Zurufe bei den U. S.) Wir wissen diese Verhältnisse von uns, wir wissen diese Verhältnisse von uns, wir wissen diese Verhältnisse von uns. (Zurufe bei den U. S.)

Präsident Freytag: Die Zahl der Opfer höher ist, als mir gestern bekannt war, scheint mir ein zwingender Grund, mein Bedauern heute nochmals zu wiederholen.

Preussischer Minister des Innern Heine:

Der Herr Geier meint, für das, was gestern geschehen ist, wären diejenigen verantwortlich, welche das Haus durch Mannschaften der Sicherheitswehr besetzt und gesichert haben. Diese Verantwortung übernehme ich gern. Denn das, was geschehen wäre, wenn ich das Haus nicht gesichert hätte, hätte kein Mensch in diesem Hause verantworten können. (Zurufe bei der Mehrheit, Zurufe bei den U. S.) Ich habe mich nicht um die Sicherung des Hauses gekümmert, sondern um die Sicherung der Arbeiterkraft. (Zurufe bei der Mehrheit, Zurufe bei den U. S.) Ich habe mich nicht um die Sicherung des Hauses gekümmert, sondern um die Sicherung der Arbeiterkraft. (Zurufe bei der Mehrheit, Zurufe bei den U. S.)

Abg. Geier (U. S.): In der Bewegung der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Abg. Geier (U. S.): In der Bewegung der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

Abg. Geier (U. S.): In der Bewegung der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!

Die Berichterstatter Hr. Schneider (dem) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten Geier-Weiß (U. S.) und Geier (U. S.) zuerst auf den Präsidenten ein. Zunächst den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entstehen laute Auseinandersetzungen, die den Berichterstatter unverständlich machen. (Von Abgeordneten der Rechten wird gerufen: hinaus mit der Zieh-Weiß! hinaus! hinaus!) Die Abgeordneten der Rechten sind der Meinung, daß die Berichterstatter die Herren von rechts unterdrücken, daß die Wahrheit nicht durchkommen kann. Die Berichterstatter betonen, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können, daß sie nicht durchkommen können. (Zurufe bei den U. S.)

geordneten Schutzmaßnahmen. Die Demokraten wüßten nicht nach dem klaren Sinn, das widerspricht unserer Gefühlsregung, und wir verurteilen jede Gewalttätigkeit. Auf der anderen Seite sind wir ebenfalls geneigt, offenkundige Umsturzgefahr ruhig weiter gewähren zu lassen. Was sich jetzt im Reich und in Berlin abspielt, das ist politische Unklarheit, die sich gegen das wirtschaftliche Leben und mit einem Volkserzitter gleich geachtet werden. Wir beklagen den Ausnahmezustand, der angewendet werden muß, wir bedauern es auf das tiefe, daß es dazu hat kommen müssen, aber wir wünschen den Ausdruck zu bringen, daß wir geschloffen hinter unseren Freunden in der Regierung und hinter der Reichsgewalt überhaupt stehen.

Die Reichsregierung über die Lage.

Genügend Truppen zur Verfügung.

Neben die Beurteilung der Lage, wie sie durch den Ausnahmezustand geschaffen worden ist, erfahren wir folgendes: Im Reichswehrministerium und bei der Reichsregierung ist man der Ansicht, daß durch die Verhängung des Ausnahmezustandes ein Gegengewicht gegen die Agitation der Antisozialisten geschaffen worden ist. Man hofft, daß sich eine Verschärfung der zunächst mit gehandhabten Bestimmungen vermeiden lassen wird. Sollte jedoch wider Erwarten versucht werden, die Souveränität des vom Volke gewählten Parlamentes zu erschüttern, so wird, wie dies schon der Reichswehrminister angekündigt hat, mit **unerschütterlicher Schärfe** vorgegangen werden.

Bisher hat die Reichswehr in keiner Weise eingegriffen und es soll auch, wenn irgend möglich, vermieden werden, die Truppen heranzuziehen. Die Sicherheitspolizei im Verein mit den Ordnungsschulkeulen, der sogenannten blauen Polizei, wird, wie man hofft, genügen, um die verheerliche Menge vor Unübersichtlichkeiten zurückzuhalten. Es sind jedoch, um für alle Fälle gerüstet zu sein, in nächster Nähe Berlins genügend Truppen zur Verfügung, so daß ein Unschickliches der Bewegung mit Sicherheit verhindert werden kann.

Ueber die Frage, wann an eine Aufhebung des Ausnahmezustandes gedacht werden kann, ist vorläufig naturgemäß nichts Bestimmtes zu sagen. Es erscheint aber als sicher, daß der Ausnahmezustand nicht einen Tag länger aufrechterhalten werden wird, als es unbedingt notwendig ist. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß man im Reichswehrministerium die Lage für ernst hält, aber glaubt, durch eine ruhige und gerechte Handhabung der Bestimmungen des Ausnahmezustandes weitere Ausschreitungen verhindern und die Menge zur Vernunft bringen zu können.

Die preussische Staatsregierung ist im allgemeinen derselben Meinung wie die Reichsregierung. Man glaubt hier, daß bei erneuten Ausschreitungen nur energisches Eingreifen die Situation retten kann. Für den 15. Januar, an dem anlässlich der vorbereiteten Begrüßungsfeierlichkeiten größere Demonstrationen erwartet werden müssen, sind alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um Ausschreitungen zu verhindern. Wenn die Lage es notwendig macht, ist ein weiterer Ausbau der derzeit ergreiften gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokraten hat heute morgen in Berlin einen Aufruf an den Antisozialisten, Häuptern wie verbreiten lassen, in denen er von den gestrigen Vorgängen einen kurzen und einwandfreien Zeugnis abgeben sollte. Es heißt dort weiter: „Es ist also eine Frage, wenn von unabhängiger Seite behauptet wird, aus dem Reichstag sei zuerst geschlossen worden. Mit den bei den unglücklichen Opfern jämmtlichen unabhängigen und kommunikativen Drahtziehern muß die Arbeiterklasse endlich aufrechnen. Jetzt wird die Parole zum Generalstreik ausgegeben. Die Anhänger der Diktatur und des Terrorismus wollen mit dem Blut ihrer Opfer ihre Agitation dämpfen, auf dem Weg und der Not unseres Volkes, dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft, hoffen sie ihre Herrschaft aufrechten zu können. Arbeiter, Angehörige, ihr steht vor der schwersten Entscheidung! Es geht um den Sieg oder Vernichtung des deutschen Volkes. Generalstreik bedeutet Sieg der roten Gewalt und Hungertod! Nieder mit dem Generalstreik!“

Die verhinderte Vorstellung.

Anton Fuchs' „Märchenkomödie“ konnte gestern im Kleinen Theater, wie im Morgenblatt berichtet wurde, nicht zu Ende gespielt werden. Die Aufführung wurde schon im ersten Akt von einem überaus geräuschvollen Teil des Publikums unmöglich gemacht. Wer sich der Kritik erinnert, die nach der ersten Aufführung in dem hiesigen Zentrum veröffentlicht wurde, eine Kritik, die ausfallendste Art hatte und mit gut verteilten Hohn programmatisch erledigt wurde. Vielleicht wird sich herausstellen, daß es insbesondere Mitglieder des Vereins zur Förderung der Theaterkultur waren, welche sich der „höheren Pflicht“ des Schandmalens gewidmet haben. Es ist zwar kein Akt geflossen, immerhin aber haben wir es mit einer Parallelerklärung zu den gestrigen Vorgängen vor dem Reichstag zu tun, die aus einem ganz anders gearteten Gesichtspunkt her geleitet, aber ebenfalls auf gewaltsame Störung gerichtet war. Es ist überflüssig, den toten Heinrich Heine gegen die Angriffslust in Schutz zu nehmen, die sich in solchen Umdeutungen seines Wertes und der völlig unglücklichen Darsteller ausdrückt. Aus der Zeit, in der das Stück entstand, liegen briefliche Aufzeichnungen des Dichters vor, welche bezeugen, daß ihn nichts ferner gelegen hat, als ein „Tendenzstück“ zu schreiben. Aber wer auch nur die Komödie selbst vorurteillos auf sich wirken läßt, muß herausfinden, daß hier ein Stück ausgesprochen hochachtbarer Wertigkeit gegeben wird, ohne jede propagandistische Absicht, ohne Zorn und daß im Gegenteil, verständig und gemindert durch stilles Versehen menschlicher Triebe. Hier handelt es sich nicht um einen Mißbrauch der Zensurfreiheit, die er sonst wohl hier und da beobachtet wird. Das ein solches Werk aufgeführt werden kann, ist ein Gewinn der Zeit, nicht ein Kronenverlust.

Am Rande gegen die Zensur, und als ihre Abschaffung grundsätzlich willkommen gehalten wurde, war die Hoffnung berechtigt, daß an Stelle der politischen Zensur die Zensur durch das Publikum stehend und regelnd wirken werde. Aber nun hat sich diese Zensur anders geartet als in der besten ausgebildeten Form. Man dachte an das Recht des Publikums, ein Stück in der feiner im Theater schwebenden Weise abzulehnen oder durch Nichtbesuch vom Spielplan verdrängen zu machen. Nicht aber durch vorher festgesetzte Einrichtungen, durch rüdes Lagerhelferinnen und Verhöhnung.

Wenn dieser Weg weitergegangen wird, ist unter geplanter Bühnenbetrieb gefährdet. Es gibt schließlich kein Werk, aus seines der höchsten Literatur, das nicht bei künftigen und partiell jammertendsten Verhöhnung „Anschuß“ erregen und folgerichtig werden

Die „Freiheit“ und „Die Rote Fahne“ verboten.

Neue Arbeits-Einstellung am 15. Januar.

Der Reichswehrminister erläßt folgende Bekanntmachung: Als Inhaber der vorgedachten Genossenschaft für Berlin und Brandenburg der beste ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung „Die Freiheit“ sowie der beiden Zeitungen „Die Rote Fahne“ im Gebiete des Ausnahmezustandes. (gez.) R. K. Reichswehrminister.

Die „Freiheit“, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, wurde heute nacht militärisch besetzt und die Drucklegung der heutigen Morgennummer verhindert. Es waren zur Zeit des militärischen Eingreifens nur die beiden Umhüllungen in den Maschinen. Die Vorarbeiten enthält einen über die ganze Breite gehenden Aufruf an die Arbeiter Berlins, der folgenden Wortlaut hat:

Arbeiter Berlins! Der herrschende Militarismus hat wieder seine wahre Natur betrogen. 83 Tote und 180 Verwundete sind die Kontrold der Regierung auf die friedlichen Demonstrationen der Berliner Arbeiter.

Arbeiter Berlins! Geste launigfähige Genossenschaft dirgt dafür, daß ihr zu gegebener Zeit die richtige Antwort auf diese Unthat gegeben werden. Bleibt in den Betrieben, um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen. Laßt euch nicht provozieren, folgt euren Führern und den Weisungen der Organisationsleiter.

Der nicht vollendete Beitarbeitsvertrag wird kritisch die gestrigen Vorgänge.

Die kommunistische Partei (Spartakusbund) fordert die Berliner Arbeiterklasse zu einer neuen Arbeits-Einstellung auf. Am 15. Januar soll in der „Neuen Welt“, wie bereits angekündigt, eine „Gedenkschrift für die Toten der Revolution“ stattfinden. Die Arbeiter Groß-Berlins werden aufgefordert, in Massen zu erscheinen und ihre Taten durch Arbeits-Einstellung zu ehren. Ein etwaiger Übertritt durch Zerkleinerung soll zugunsten der „Anhaltler“ verwendet werden.

Das Verbot der „Freiheit“ ist, wie wir erfahren, nicht befristet, sondern die Zeitung darf erst dann wieder erscheinen, wenn seitens der unabhängigen Garantie abgegeben werden, daß die „Freiheit“ nicht von neuem die Ruhestörung zu erschüttern vermag. Es ist der feste Wille der preussischen Regierung, unter keinen Umständen nachzugeben, da ein Nachgeben in diesem Falle die Untergrabung jeder staatlichen Autorität bedeuten würde.

Verbot der morgigen Versammlungen.

Berlin, 14. Januar. (M. Z. P.) Die für Donnerstag, den 15. Januar, von den Parteien der unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten einkommenden öffentlichen Versammlungen und sogenannten Gedächtnisfeierlichkeiten werden verboten.

Berlin, 14. Januar.

Das Oberkommando: (gez.) R. K.

Die Sicherheitsmaßnahmen.

Die Sicherheitspolizei hat im Laufe der Nacht alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um den Reichstag in weiter Umgebung zu sichern und so die Landleute, welche sich gestern abends, umsofort zu machen. Der gesamte Ziergarten wurde in den Nachtstunden durch Patrouillen, die wesentlich verstärkt worden waren, durchsucht, da sich noch in den letzten Abendstunden allerlei verdächtiges und höchstens gefährliches in der Umgebung des Parlamentes unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Nähe der Siegelallee auch ein verwundeter Mann gefunden, der sich in die Nähe geschleppt hatte.

Am Laufe der Nacht wurde die Besetzung des Reichstages noch erheblich verstärkt. Beamte der blauen und grünen Sicherheitspolizei wurden in ausreichender Zahl im Reichstag untergebracht. Vor den einzelnen Portalen des Reichstagsgebäudes stehen drei bis vier Sicherheitsbeamte, welche jeden, der das Haus zu betreten wünscht, prüfen und niemand ohne Legitimation passieren lassen. Am Brandenburger Tor, Ecke Sommerstraße, ist ein schweres Maschinengewehr aufgestellt, und ein Schwilz. Wie weiter geht, wird ersippen“ verleiht der Sperre den nötigen Nachdruck. Jeder Vor-

sonnte. Das muß deutlich gesagt werden, ehe der Kunststapel, von welcher Seite er auch kommantiert werden möge, sich an den neuen Sport gewöhnt. Ein Rückschlag vor diesen Elementen würde sie nur noch dreist machen. Deshalb begrüßen wir es auch, daß die Zeitung des Kleinen Theaters sich nicht einschließen läßt, sondern die „Märchenkomödie“ lieber auf dem Spielplan beläßt.

Fritz Engel.

m. Medizinische Lehrfilme. Die Widstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht veranstaltete eine Vorführung medizinischer Lehrfilme. Professor Lampe gab einige allgemeine Erklärungen und Dr. Thomaia begleitete die verschiedenen Bilder mit den notwendigen Hinweisen. Man sah aus Anatomie, Physiologie, Pharmakologie, Zoologie, und Botanik viele Aufnahmen, die den Unterricht in den Naturwissenschaften zwecklos fördern werden. So konnten Vorgänge beim Blutkreislauf, bei der Herzgätigkeit, im Leben niederer Tiere, ferner die Darmbewegung und verschiedene andere einem großen Zuschauerkreise vorgeführt werden.

Die Akademie der Wissenschaften hält am Donnerstag, den 22. Januar, um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung zur Feier des Jahrestages König Friedrichs II. unter dem Vorsitz von Geheimrat Kubner, der die Sitzung mit einer Ansprache eröffnen und einen kurzen Jahresbericht erstatten wird. Daran schließen sich ausführlichere Berichte über die Forschungen zur neuheidnischen Sprache und Bildungsgeographie von Geheimrat Burdach und über das abendliche Unternehmen Geschichte des Himmels von Geheimrat Strauß. Es folgt ein wissenschaftlicher Festvortrag von Geheimrat Stuh. Die Sitzung in der deutschen Reichsgeschichte.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Professor an der Hochschule für Bankwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, Dr. Ludwig Kiehl, ist als ordentlicher Professor für Acker- und Pflanzenbau an die Technische Hochschule in München berufen worden.

Professor Dr. Richard Schütz, Mitglied des Reichsrat, hat den an ihn ergehenden Ruf auf den mathematischen Lehrstuhl an der Universität Berlin als Nachfolger R. Knopps angenommen.

Der Verwaltungsdirektor des Kassenvereins Hamburg-Opferverband, Johann Raumann, ist von der medizinischen Fakultät der Universität Hamburg zum Ehrenmitglied ernannt worden.

Die bei den mitteldeutschen und neuere, Schiffsbau habilitierte sich an der Universität Breslau Dr. phil. Richard Koenner.

Die juristische Fakultät der Geiselberger Hochschule hat Professor Dr. Königberger, Universitätsprofessor Dr. phil. Richard Koenner zum Ehrenmitglied ernannt. Professor Dr. Graf zu Dohna in Königsberg hat den Ruf auf Lehrstuhl des infolge Zurückweichens des Geheimen Hofrats Professor Dr. v. Ailensbach freigebliebenen Lehrstuhls für Strafrecht angenommen.

übergehende muß sich Her ausweisen. Auch die Führerkräfte müssen sich einer Kontrolle unterziehen. Vom Brandenburger Tor durch den Tiergarten, um den Königspalast, durch die Kron- und Sommerstraße ziehen sich lange, ununterbrochene Ketten von Sicherheitsbeamten, die niemand in der Richtung nach dem Reichstag passieren lassen. Die Zugänge zur Wilhelmstraße sind durch Drahtverhänge gesperrt, die nur einen schmalen Durchgang lassen. Die Reichspolizei hat ebenfalls die sonst in den Wächerräumen untergeleiteten „Spanischen Reiter“ und Drahtverhänge herangezogen, und die Wache selbst ist seit gestern abend wesentlich verstärkt worden.

Am Dienstag nachmittag wurde die Berliner Feuerwehrt in mehreren Fällen alarmiert, um Tote und Verwundete zu bergen. Sie schaffte 13 Tote und 7 Verwundete nach dem Reichstagsgebäude und nach Krankenanstalten.

Bei der Beerdigung der Opfer, die gestern vor dem Reichstag auf seinen der Häftlinge geschehen sind, werden, wie wir an zutreffender Stelle erfahren, die Bestimmungen des Ausnahmezustandes, nach denen jeder Demonstrationen verboten ist, streng durchgeführt werden.

Die Uneinigkeit der Radikalen.

In der Nacht zu heute haben, wie wir erfahren, zwischen den Kommunisten und dem linken Flügel der Unabhängigen Verhandlungen über ein eventuelles gemeinsames Vorgehen in der gegenwärtigen Lage stattgefunden. Die Beratungen, die sehr lebhaft und farnend geführt wurden, verließen jedoch ergebnislos. Man kann danach annehmen, daß vorläufig die Unabhängigen nicht gewillt sind, sich völlig ins Schlepptau der Kommunisten nehmen zu lassen, bei der gestrigen Verhandlung der meisten Rechte und vor allem die Führerschaft beansprucht hatten.

Die Opfer der Unruhen.

Die Opfer des Strohempfangs am Reichstag sind auch heute noch nicht alle festgestellt. Ihre Zahl steigt auch noch nicht bestimmt fest. Im Schaustaube liegen 10 Tote, darunter zwei Frauen, von denen die eine Schaustaube, die andere Anna Hartmann oder Pionet heißen soll. Von den Männern sind bestimmt erkannt:

- Erich Kose, Admiralstraße 19.
- Gustav Schneider, Seidenmanufaktur 27.
- Gustav Marx, Heidenfeldstraße 4.
- Boni Vogel, Neufölln, Waidstraße 10.
- Otto Heintz, Kahlstraße 18.
- Arthur Häute, Färberberger Straße 12.
- Bruno Gwald, Hehenhöndchen, Kantelestraße 23.
- Richard Vallusch, Neufölln, Münchenstraße 18.
- Reiz Jargel oder Jargel, Neufölln, Zietenstraße 61.
- Rudolf Hancwald, Schaupisler, Waidstraße 5.
- Gust Schmitler, Neufölln, Waidstraße 10.

In weiteren drei Toden glaubt man einen Feuerwehmann Jaborski aus Neufölln, einen Josef Mirabel, der eine Wadenkante Sabona-Friedrichshagen auf diesen Namen bei sich führt, und einen gewissen O. Goldschmidt erkannt zu haben. Zur Feststellung der übrigen drei sind noch keine Anhaltspunkte gefunden. Der eine trägt eine Messingmarke Nr. 391 bei sich, ein anderer ist mit einem Strafenabnahmernittel beschriftet.

Verwundet sind folgende Polizeibeamte: von der Gruppe Mitte: Unterwachmeister Ruppert (Kopferverletzungen durch Schlag), Unterwachmeister Rump (Brustschlag), Unterwachmeister Kapfka (Kopferverletzungen durch Schlag), Unterwachmeister Schönebeck (ebenfalls Kopferverletzungen durch Schlag); von der Gruppe Süd: Hilfswachmeister Düsterdieck (Schuß in den rechten Unterarm), Hilfswachmeister Cotti (Arm- und Kopfverletzungen durch Schlag), Hilfswachmeister Schlotzki (Rücken- und Kopfverletzungen durch Schüsse), Unterwachmeister Tacke (Kopferverletzungen durch Schlag), Unterwachmeister Formmann (Kopferverletzungen durch Schlag); von der Gruppe West: Hilfswachmeister Springer (Oberarmverletzung) und Hilfswachmeister Riemann (Kopferverletzungen durch Schlag).

Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister Dr. Mayer hat infolge des Beschlusses der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung auszutreten, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Der Reichsfinanzminister hat an den heutigen Beratungen der Nationalversammlung nicht mehr teilgenommen.

Ein zweiter Reichsdiener.

In einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern hat der Deutsche Werkbund darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeichnung des neuen Reichsadlers durchaus nicht den künstlerischen Ansprüchen genügt, deren Beachtung im Interesse des neuen Deutschlands liegt. Der Werkbund hat Professor Otto Gupp in Schiffsheim beauftragt, einen Gegenentwurf zu machen. Gupp hat die Arbeit sofort übernommen.

Bruno Wille-Feier. Im Februar wird Bruno Wille 60 Jahre alt. Am den Ertrag des verdienten Volksbildnisses und geadelten Dichters festlich zu begehen, hat sich ein Ehrenaussehen gebildet, dem unter anderen angehöre: Leo Baez, Wilhelm Wölskel, Bernhard Dernburg, Gilar Jänschigen, Gustav Fraessler, Ludwig Fulda, Max Halbe, Minister Konrad Henrich, Karl Hauptmann, Felix Holländer, Hugo Köppler-Jidus, Leopold Schner, Arthur Kamp, Hans Band, Franz Hermann Meißner, Bürgermeister Georg Reide, Oberbürgermeister Ernst Scholz und Hermann Sudermann.

Gegen die Entbarkeitseifer. Im Weichhoben-Saal findet am nächsten Freitag nachmittag um 4 Uhr eine Versammlung aller Kongressintereäsenten statt, um gegen die geplante Entbarkeitseifer zu protestieren. Ein zahlreicher Besuch des Publikums ist erwünscht.

Das der Musikwelt. Die ungarische Geigerin Babca Szemere wird heute in ihrem ersten Berliner Konzert im Albinowich-Saal Wads Violintönen in F-dur, Saint-Saens' Violintönen in Amoll, Sarasates Aigenereinen, außer einigen kleineren Stücken zu Gehör bringen. Der Domchor singt am 18. Januar im Dom Rochsburg Gesänge zu Lutherbüchern. Mitwirkende: Eleanore Schloßauer, Professor Walter Richter. Unter Mitwirkung von Paul Schramm konzertiert Ella Steiner am 17. Januar im Albinowich-Saal. Das erste diesjährige Sonntagabendkonzert im Schiller-Theater am 18. Januar bringt als Solisten Prof. Dr. Wera Schumann, Herbard Schen, Paul Berni, und Vera Schwan. Ein Strauss-Abend ist der dritte Wiederbesuch von Elena Gerhardt im Weichhoben-Saal am 21. Januar. Alfred Wittenberg gibt am 21. Januar in der Musikschule seinen zweiten Violinabend. Der zweite Hahnenbesuch von Ella Panacea ist im Konzertsaal der Hochschule am 22. Januar. Ein Radio-Weichhoben-Abend ist das erste diesjährige Konzert von Karl Felsch mit dem Bühnenmusikischen Orchester am 22. Januar im Weichhoben-Saal. Im zweiten dieswärtigen Eitelkonzert, das am 22. Januar in der Bühnenharmonie stattfinden, wirken Sigrid Holmann, Olga Holmann, Walter Ritzsch, und Edwin Hildebrand mit. Am 23. Januar wird Bruno Wille-Feier am Theater Prof. Robert Schen, in der Stadtoper am 22. Januar im Weichhoben-Saal. Der zweite Hahnenbesuch von Ella Panacea ist im Konzertsaal der Hochschule am 22. Januar. Ein Radio-Weichhoben-Abend ist das erste diesjährige Konzert von Karl Felsch mit dem Bühnenmusikischen Orchester am 22. Januar im Weichhoben-Saal. Im zweiten dieswärtigen Eitelkonzert, das am 22. Januar in der Bühnenharmonie stattfinden, wirken Sigrid Holmann, Olga Holmann, Walter Ritzsch, und Edwin Hildebrand mit. Am 23. Januar wird Bruno Wille-Feier am Theater Prof. Robert Schen, in der Stadtoper am 22. Januar im Weichhoben-Saal. Der zweite Hahnenbesuch von Ella Panacea ist im Konzertsaal der Hochschule am 22. Januar. Ein Radio-Weichhoben-Abend ist das erste diesjährige Konzert von Karl Felsch mit dem Bühnenmusikischen Orchester am 22. Januar im Weichhoben-Saal.

Ungeklärte Lage im Eisenbahnerstreik.

Streikablehnungen und Streitbeischlüsse.

Ueber die Lage des Eisenbahnerstreiks liegen aus den verschiedenen Provinzen Nachrichten vor, nach denen der Streik im großen und ganzen noch fortlebt. In Ober-Sachsen ist die Streikliste sogar im Steigen begriffen. So wird aus Buthen berichtet, daß sich die Güterbodenarbeiter in Gleiwitz seit gestern nachmittag im Unruhe befinden. Sämtliche Arbeiter von Bawelche haben sich dem Streik angeschlossen. Leider sind auch verschiedene **Gabstagesfälle** seitens der Arbeiterchaft der Bawelche in den letzten Tagen vorgekommen. Militärischer Schutz wurde daher eingehend. In Gopsin ist seit gestern nachmittag die Hälfte der Arbeiterchaft wieder zur Arbeit erschienen. Ebenso ist in Chorow der Streikbeschluss aufgehoben worden. Im Allgemeinen ist aber die Streiklage dieselbe wie tags zuvor.

Wesentlich anders lauten die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland. Von gestern abend an verkehren von Düsseldorf Hauptbahnhof Rüge wieder nach allen Richtungen mit Ausnahme der Strecke über Duisburg. Der militärische Wachtschutz ist für den ganzen Bezirk angeordnet worden. Nach einer Mitteilung des Militärbezirkschefs sind die Zeitungen „Freiheit“ in Duisburg und „Der Kommunizist“ in Düsseldorf bis auf weiteres verboten worden.

Gestern wurden in Düsseldorf die Post, das Fernsprech- und Telegrammamt militärisch besetzt.

In Düsseldorf kam es gestern nachmittag 4 1/2 Uhr, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, zu größeren Ausschlägen, so daß es notwendig wurde, Regierungstruppen heranzuziehen. Bei dem Versuch, die Straßen zu säubern, wurden erst Schredschüsse abgegeben. Da der Erfolg ausblieb, mußte zu späteren Maßnahmen gegriffen werden. Zwei Personen wurden durch Schüsse verletzt.

Aus Darmen wird uns berichtet, daß gestern um 1 Uhr mittags der gesamte Eisenbahnerverkehr wieder aufgenommen wurde, da alle Angestellten und Arbeiter zum Dienst erschienen waren.

Wiederaufnahme der Arbeit im Essener Bezirk.

Der Eisenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk kann als beendet gelten. Obwohl die radikale Streikleitung, nachdem die Gewerkschaft der Eisenbahner jede weitere Mitwirkung auf der Fortführung des Streiks abgelehnt hatte, noch gestern abend einen Beschluß auf Fortsetzung des Ausstands herbeigeführt hatte, haben heute morgen die Eisenbahnarbeiter im ganzen Eisenbahndirektionsbezirk Essen, von Duisburg bis Dortmund, die Arbeit wieder aufgenommen. Wahrscheinlich wird von morgen ab wieder ein regelmäßiger Zugverkehr möglich sein. Auch der direkte Verkehr nach Holland soll morgen von hier aus wieder aufgenommen werden. Im besetzten Gebiet am linken Niederrhein, wo gestern von Arefeld aus eine erneute Ausdehnung des Streiks gemeldet wurde, ist der Ausstand ebenfalls beendet und der Zugverkehr wieder aufgenommen worden.

Der Bergarbeiterstreik im Hamborner Revier hat heute noch an Ausdehnung gewonnen. Neu in den Ausstand getreten ist die Belegschaft der Jede Strade, dagegen ist der Ausstand auf der Jede Amalie der Gewerkschaft Gelene und Amalie im Essener Bezirk beendet. Auch hier hat es sich ausschließlich um Streibererien spartacistischer Heber gehandelt, deren

Wortführer in einer Belegschaftsversammlung einen Schichtlohn von 210 Mark forderten, was aber in der Versammlung selbst mit Gelächter aufgenommen wurde.

Düsseldorf, 13. Januar. (M. T. B.) Heute nachmittag fand in Düsseldorf eine von der örtlichen Streikleitung einberufene Versammlung der Eisenbahner statt, um über die Annahme oder Ablehnung des Beschlusses der Hauptstreikleitung in Elberfeld, die Arbeit wieder aufzunehmen, abzustimmen. Die Führer der verschiedenen Organisationen berichteten über die von der Regierung gemachten Zugeständnisse und betonten, daß bisher noch bei keinem Streik eine Lohnaufbesserung um 1,10 für die Stunde erzielt worden sei. Sämtliche Vertreter der Organisationen traten für den Abbruch des Streiks ein. Nachdem es in der Aussprache zu erregten Auseinandersetzungen gekommen war, wurde der Antrag auf sofortige Beendigung des Streiks gegen eine Stimme angenommen.

Eine weitere Entschließung besagt, daß, falls die Regierung bis zum 23. Januar die von ihr gemachten Zugeständnisse nicht erfüllt, die Eisenbahner geschlossen wieder in den Streik treten.

In einer großen Versammlung von Eisenbahnarbeitern des Direktionsbezirks Münster wurde gestern einmütig beschlossen, die Arbeit abends wieder aufzunehmen.

Scharfe Maßnahmen gegen die Streikenden.

Die Eisenbahndirektion Elberfeld hat folgende Verfügung erlassen:

Der Reichskommissar Severing ist zum Eisenbahnsammler für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Minden, Münster und Arnberg ernannt worden. Entsprechend seinen Anordnungen werden sämtliche im Ausstand befindliche Arbeiter aufgeführt, die Arbeit spätestens innerhalb 24 Stunden nach Bekanntwerden des Beschlusses wieder aufnehmen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, ist als entlassen vom Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme ab und nur für die Zeit der wirtlichen Arbeitsleistung. Die Stellung von Lokomotiven und Wagen an die Streikleitung ist nur nach Genehmigung des Regierungskommissars zulässig.

In Sachsen ist der Eisenbahnerstreik nach einer Aussprache zwischen Vertretern der Eisenbahner und dem Ministerpräsidenten Grunauer beigelegt worden. Nachdem der Ministerpräsident die wirtschaftliche Lage den Eisenbahnern gegenüber geschildert hatte, legte er den Standpunkt der Regierung in folgenden Sätzen dar:

Die Löhne sollen bis zur tariflichen Regelung um 50 vom Hundert erhöht werden, mit Rückwirkung vom 1. Januar.

Falls Preußen weiter geht in der Erhöhung, soll Sachsen sich anschließen.

Die Ausschüttung der erhöhten Löhne für die Zeit vom 1. Januar ab soll am Freitag, den 23., erfolgen.

Die Tarifverhandlungen sollen baldigt weitergeführt werden, wobei in Uebereinstimmung mit dem Reich so verfahren ist. Die Vertreter der Eisenbahner zogen sich daraufhin zu einer Besprechung zurück und gelangten zu dem einmütigen Ergebnis, daß sie die Vorschläge der Regierung ihren Kollegen zur Annahme empfehlen wollen.

lungen der Eisenbahner würde eine Mehrbelastung der Staatsfinanzen von 2 Milliarden über jährlich ergeben. Die Regierung, die kürzlich eine Aufbesserung in Höhe von zusammen 100 Millionen über hat eintreten lassen, erklärt, unter keinen Umständen über dieses Maß hinausgehen zu können.

Die vertagte Stadtverordnetenversammlung.

Vor einem neuen Konflikt.

Die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte, wie gemeldet, infolge des Verhaltens der unabhängigen Sozialisten nicht zu Ende geführt werden und mußte vertagt werden. Stadtverordnetenversammlung am morgen Donnerstag einberufen und die vorgeschriebenen Einladungen hierzu heute an die Mitglieder der Versammlung gelangen lassen. Nach den Vereinbarungen, die zwischen dem Vorstand der Stadtverordnetenversammlung und den Führern der Fraktionen getroffen sind, müssen zwei volle Tage zwischen dem Einladungstag und dem Tage der Vorlagen studieren und in ihren Fraktionen in Ruhe die Vorlagen studieren und in ihren Fraktionen beraten können. Die Frist von zwei Tagen ist im vorliegenden Falle nicht eingehalten worden. Mehrere Stadtverordnete wollen daher gegen die Einberufung der Versammlung Protest einlegen und die Abhaltung der Sitzung verweigern. Stadtverordneter Dr. Wehl sieht jedoch auf dem Standpunkt, daß die Tagesordnung durch die gestrige Vertagung keinerlei Aenderung erfahren hat, und daß sie sich bereit sei mehreren Tagen in Abwesenheit der Stadtverordneten zu verbleiben. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung — es stehen bekanntlich die Vorlagen über die Lehrerbeförderung und über die Weichnahmende für Unbemittelte zur Debatte — hofft man, daß die Versammlung einer erneuten Vertagung nicht zustimmen dürfte, sondern endlich verhandelt wird.

Die Stadtverordneten Dr. Wehl und Genossen (L. S. P. D.) haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, erneut bei den zuständigen Reichsbehörden vorstellig zu werden, um die Vertagung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicher zu stellen.“

Truppenparade in Potsdam. Zum ersten Male nach der Revolution fand heute vormittag im alten historischen Lustgarten zu Potsdam eine Truppenparade der gesamten Ostpreussischen Garnison statt. Vom frühen Morgen an zogen die Truppen mit klingendem Spiel durch die Straßen. Gegen 10 Uhr erschien General der Infanterie v. Büttow mit seinem Stabe aus Berlin und nahm die Parade ab. Die Truppen erschienen in Stahlhelm. Viele Offiziere trugen Friedensuniform angelegt. Auf der Rampe des alten Stadtschlosses hatten, genau wie früher, die Damen des Offizierskorps Platz genommen.

Personalanachrichten. Der langjährige Kommandeur des hiesigen Feldartillerieregiments Nr. 11, Generalmajor Mag. Engelhart, ist im Alter von 67 Jahren in Kassel gestorben.

Frau Lepa im Moabiterversuchungsgefängnis. Auf Grund des gestern vom Gericht erlassenen Haftbefehls hat heute morgen die Haftführung der Frau Geismar Lepa aus dem Sanatorium des Dr. Meier nach dem Moabiterversuchungsgefängnis stattgefunden, ohne daß die bestmöglichen Schädigungen für ihre Gesundheit eingetreten sind. Frau Lepa ist im Lazarett der Frauenabteilung aufgenommen worden.

Erhöhung der Rufenkosten in der Charité. Nachdem für die Berliner städtischen Krankenhäuser eine Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten vom 15. Januar beschlossen war, sind jetzt auch vom Staate für das Charité-Krankenhaus und die übrigen Universitätskliniken vom gleichen Tage ab die Kosten in der dritten Verpflegungsklasse auf 6 Mark für Erwachsene und 4 Mark für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre erhöht worden. Diese Kostenlage gelten bei den obigen Unverändert anstellen in gleicher Weise für Berliner wie Nichtberliner.

Einbruch in ein Erbvermögen. Einbrecher ertranken, wie uns ein Privat-Telegramm aus Landsberg meldet, das Maulpfeil des Rittergutsbesizers Freiherrn v. Carnap in Jahnsfelde i. Kreis Landsberg. Sie waren die Leichen von den Särgen um raubten Kleidung sowie Schmuckgegenstände.

Ein Sicherheitssoldat ermordet. Der Täter verhaftet.

Einem schweren Verbrechen ist in der vergangenen Nacht 20 Jahre alter Internachtwächter Georg Rudolph von der Eichhöfstraße zum Opfer gefallen. Er wurde in der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling. Ueber die Umstände des Verbrechens ist in der vergangenen Nacht 20 Jahre alter Internachtwächter Georg Rudolph gebürtig der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling. Ueber die Umstände des Verbrechens ist in der vergangenen Nacht 20 Jahre alter Internachtwächter Georg Rudolph gebürtig der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling.

Der Internachtwächter Georg Rudolph gebürtig der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling. Ueber die Umstände des Verbrechens ist in der vergangenen Nacht 20 Jahre alter Internachtwächter Georg Rudolph gebürtig der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling.

Ein zweiter Überfall auf einen Sicherheitsbeamten fiel gestern abend in der Nähe von der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling. Ueber die Umstände des Verbrechens ist in der vergangenen Nacht 20 Jahre alter Internachtwächter Georg Rudolph gebürtig der Wesertstraße in der Nähe von einem Reichspostboten überfallen und durch ein Dolchstoß in den Rücken getötet. Der Täter konnte später in einem benachbarten Hotel verhaftet werden. Er ist ein Angehöriger früheren Balkenwehr namens Otto Bölling.

Im Gendarmenmarkt wurde gestern abend der Kaufmann Samelstein von einem angeblichen Kaufmann Bruno Geremann aus Dortmund, den er vor einiger Zeit kennen lernte, mit Morphium betäubt und um 7000 Mark beraubt. Der Täter konnte nicht ergriffen werden. Die Samelstein in Gesellschaftsverbänden stand, wußte er, daß dieser höhere Geldsumme bei sich trug. Der Überfallene fand Rettungswache in der Kronenstraße die erste Hilfe.

Anerkennung der schweizerischen Neutralität durch Frankreich.

Die Antwortnote des Bundesrats.

Bern, 13. Januar. (M. T. B.) In der außerordentlichen Sitzung des Bundesrats von heute abend erließerte Bundespräsident Motta Bericht über eine Unterredung, die er nachmittags mit dem französischen Gesandten hatte. Dieser hat die formelle Versicherung abgegeben, daß die schweizerische Neutralität französischerseits in keiner Weise berührt werde. Der Bundesrat beschloß hierauf, die Note an den Obersten Rat über den Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund in der heute morgen festgestellten Form abzugeben.

Wie der Berner „Bund“ vernimmt, erlucht die Antwortnote des schweizerischen Bundesrats an den Obersten Rat von heute in zwei Aufschüben über die Anerkennung der Neutralität der Schweiz innerhalb des Völkerverbundes. Die Note wird auch den schweizerischen Standpunkt über die Beitrittsfrage belegen und die Einsetzung einer schweizerischen Delegation unter Teilnahme des ehemaligen Bundespräsidenten Ador nach Paris ankündigen.

Die Prager Konferenz.

Prag, 13. Januar. (Telegraphenamtliches Press Bureau.) Vormittags fand im Ministerpräsidenten eine gemeinsame Konferenz der tschechoslowakischen Regierung und der hier weilenden Mitglieder der österreichischen Kabinetsmitglieder. Staatskanzler Dr. Renner gab eine zusammenfassende Darstellung der Lage, in welcher sich die Republik Österreich befindet. Nach der Rede des Staatskanzlers zogen sich die tschechoslowakischen Minister mit ihren Invalidehenern zu einer besonderen Beratung zurück, die über eine Stunde dauerte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung machte der Minister der öffentlichen Arbeiten Propostionen, die der Staatskanzler nicht annehmen zu können erklärte. Hierauf traten die österreichischen Konferenzteilnehmer zu einer Sonderberatung zusammen. Die beiden Kabinetschefs vermittelten zwischen beiden Gruppen. Nachmittags wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Es wurden die allgemeinen politischen Vereinbarungen ratifiziert. Sodann wurden die Verhandlungen über die Zuckerfrage fortgesetzt. Ein Vertrag, der an die Stelle des bisherigen Kohlenabkommens treten soll, kam nicht zustande. Es wird eine der Aufgaben der eingesetzten Vernehmlichungskommission sein, den Vertrag auszuarbeiten.

Wien, 14. Januar. (M. T. B.) In den Prager Verhandlungen ist in letzter Stunde eine günstige Wendung eingetreten. Es wurden der österreichischen Delegation eine bessere Belieferung des Wiener Gaswerkes, sowie die Erhöhung der allgemeinen Kohlenkontingente von 400 auf 500 Waggons täglich und die Lieferung von 1000 Waggons Zucker zum Preise von 15 tschechischen Kronen pro Kilogramm zugesprochen. Sollte sich das Ergebnis der Kampagne besser gestalten, würde Österreich noch 500 Waggons Zucker erhalten. Die Stadt

Feldberg wird von den Tschechen Oesterreich gegen eine andere Grenzüberdüftung zurückgegeben. Da diese Stadt rein deutsch ist. Der diplomatische Verkehr zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei wird sofort aufgenommen. Andere Vereinbarungen betreffen eine Reihe von finanziellen Fragen, sowie den Waren Austausch und insbesondere den Kompensationsverkehr. Die Grenzfragen werden durch eine eigene Kommission geregelt.

Französisch-italienischer Widerspruch gegen eine deutsche Anleihe in Argentinien.

Telegramm unseres Korrespondenten.

w. Basel, 14. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Die Gesandten Frankreichs und Italiens in Argentinien haben Widerspruch wegen Abschluß einer deutschen Anleihe von hundert Millionen Pesos in Argentinien erhoben, die zur Bezahlung der deutschen Einfäufe von Getreide und Gefrierfleisch während der nächsten zwei Jahre dienen sollten. Deutschland hatte zum Abschluß dieser Anleihe drei ehemalige Internatskreditreize nach Argentinien entsandt, die die Anleihe sollte, wie französische Blätter melden, bereits abgeschlossen werden, als die beiden Gesandten, die in Argentinien eine ähnliche Anleihe beabsichtigten und seit Dezember vorigen Jahres dort weilen, Einspruch erhoben.

Drohende Eisenbahnerstreiks in England und Italien.

Telegramm unseres Korrespondenten.]

London, 13. Januar. (M. T. B.) London wird gemeldet: Da die Eisenbahner die zwischen dem Verbands und der Regierung vereinbarte Lohnordnung abgelehnt haben, verstimmt sich die Lage und die Streikgefahr tritt wieder in Erscheinung. Die Verhandlungen zwischen dem Eisenbahnerführer Thomas und dem Verkehrsminister dauern an. Können aber bis zur nächsten Sitzung Georges nicht abgeschlossen werden.

Rou, 14. Januar. (M. T. B.) Italien geht jetzt einem Generalstreik der Eisenbahner entgegen. Bekanntlich hat die Eisenbahnergewerkschaft der Regierung ihre Forderungen in Form eines Ultimatum unterbreitet, das mit dem 16. Januar abläuft. Wie nun ein Mitglied der Regierung berichtet, würde die Annahme dieser Forderungen den Zusammenbruch der italienischen Staatsfinanzen herbeiführen. Die italienische Defensivliste ist wegen der Haltung der Eisenbahnergewerkschaft sehr erbitert. Die Staatsbahnen weisen ein Defizit von über 500 Millionen Lire aus, das zum größten Teil durch die Gewährung von Lohn- und Gehaltsaufbesserungen, sowie durch Gerabehrung der Arbeitszeit verursacht wurde. Die allgemeine Einführung des Achtstundentages würde eine Vermehrung des Personals um 9000 Angestellte notwendig machen. Die Bewilligung der Forde-

